

<p>&quot;Protest am Baldhamer Bahnhof: Bürger fordern funktionierenden Aufzug!&quot;</p>

Mehr als 100 Menschen protestieren in Baldham wegen des fehlenden Aufzugs am Bahnhof. Politiker und Bürger fordern schnelle Lösungen.

Am vergangenen Freitag wurde in Baldham ein eindringlicher Protest organisiert, um auf die anhaltenden Probleme am Bahnhof aufmerksam zu machen. Der Aufzug, der seit November aufgrund von Renovierungsarbeiten nicht mehr in Betrieb ist, lässt die betroffenen Gäste und Fahrgäste im Stich. Mehr als 100 Menschen nahmen an der von Jens Möllenhoff, dem Behindertenbeauftragten der Gemeinde, organisierten Aktion teil. Am Bahnhof versammelten sich ältere Menschen, Personen mit Mobilitätseinschränkungen und andere Unterstützer, um ihre Stimmen gegen die unzureichende Infrastruktur zu erheben.

Der fehlende Aufzug ist nicht nur eine Beeinträchtigung der Zugänglichkeit, sondern auch ein großes Hindernis für viele Menschen, die auf einen funktionierenden Aufzug angewiesen sind. Möllenhoff berichtete von seinen eigenen Schwierigkeiten, als er versuchte, den Bahnhof zu nutzen. Der Umweg über den Bus nach Vaterstetten, wo ein Aufzug vorhanden ist, ist alles andere als praktisch. „Der Bus hat nicht genug Platz für Rollstühle und Kinderwagen, und fährt zudem nur bis 21 Uhr“, erklärte ein Teilnehmer der Protestaktion.

Die Reaktionen der Behörden

Die Verantwortlichen scheinen auf die bittere Realität der Fahrgäste nur unzureichend zu reagieren. Staatsvertreter wie Doris Rauscher, SPD-Landtagsabgeordnete, und Bürgermeister Leonhard Spitzauer haben sich bereits mehrfach an die Bahn gewandt, um Informationen über den aktuellen Stand der Arbeiten zu erhalten. Doch die Antworten sind oft vage und unbefriedigend. Auf die Frage, wann der Aufzug wieder genutzt werden kann, erhielten sie dieselbe ernüchternde Botschaft: keine konkreten Zeitangaben. Stattdessen bekam Möllenhoff als „Entschädigung“ einen Gutschein über 20 Euro, der nach seinem Urteil nicht einmal die Kosten für eine taxifahrt zwischen den beiden Bahnhöfen abdeckt.

Die Bauarbeiten, die ursprünglich bis März oder April abgeschlossen sein sollten, haben sich mittlerweile bis in den September verzögert. Bürger, die eine klare Informationspolitik und zügige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Barrierefreiheit fordern, sehen sich mit unzureichenden Lösungen konfrontiert. „Es ist frustrierend zu hören, dass es über eine unklare Komplikation mit dem Notrufsystem hinausgeht. Wir wissen, dass ein entscheidendes Teil fehlt, aber wann wird die Lösung endlich eingeführt?“, stellte Rauscher nach ihrem letzten Austausch mit der Bahn fest.

- **Protestaktion:** Über 100 Teilnehmer am Freitag.
- **Herausforderungen:** Schwierigkeiten beim Bahnverkehr, Busverbindungen sind unzureichend.
- **Reaktionen:** Politische Vertreter und Verantwortliche der Bahn schieben die Schuld auf fehlende Bauteile.
- **Zukunft:** Ungewissheit über die noch ausstehenden Bauarbeiten.

Die Unzufriedenheit und Frustration über die Situation war auf dem Protest deutlich zu spüren. Zudem appellierte Claudia Möllenhoff, die Ehefrau des Organisators, an die Anwesenden, nicht nachzulassen: „Schreiben Sie an Abgeordnete, setzen Sie die Bahn unter Druck – lassen Sie Ihre Stimmen hören!“ Ihre Worte fanden großen Anklang und lösten eine Welle von

Zustimmung unter den Anwesenden aus.

Ein Aufruf zur Solidarität

Die anhaltende Problematik am Baldhamer Bahnhof steht nicht nur für eine lokale Herausforderung, sondern offenbart größere Missstände in der Infrastruktur, die viele Menschen in ähnlichen Situationen betreffen. Der Protest am Freitag ist ein Zeichen des gesellschaftlichen Engagements für Barrierefreiheit und so dringend benötigte Änderungen. Die Stimmen der Betroffenen müssen gehört werden, denn die Zugangsmöglichkeiten für alle Bürger müssen eine zentrale Rolle in der Planung von öffentlichen Verkehrsanbindungen spielen.

Der Protest unterstreicht auch das Bedürfnis nach dringend benötigten Antworten und Handlungen seitens der Verantwortlichen. Die Zukunft der Mobilität vieler Menschen in Baldham hängt davon ab, dass alle Beteiligten ernsthaft an einer Lösung arbeiten und die Bedürfnisse der Bürger ins Zentrum stellen.

Politische Verantwortung und Herausforderungen

Die aktuellen Probleme am Baldhamer Bahnhof werfen eine bedeutende Frage nach der politischen Verantwortung auf. So ist es nicht nur die Bahn, sondern auch die lokale und regionale Politik, die gefordert ist, klare Informationen und Lösungen zu präsentieren. Politiker wie Jens Möllenhoff und Doris Rauscher sind gefordert, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu vertreten und deren Anliegen direkt an die zuständigen Stellen weiterzuleiten. Die Verzögerung beim Bau eines Aufzugs zeigt, wie wichtig politische Einflussnahme und Unterstützung durch die Bürger sind.

Zudem ist die Situation ein guter Anlass, um über die generelle Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr in Deutschland

nachzudenken. Laut einem Bericht der **Bundeszentrale für politische Bildung** waren im Jahr 2020 nur etwa 56 Prozent der Bahnhöfe in Deutschland barrierefrei erreichbar. Diese Zahl macht deutlich, dass es einen erheblichen Nachholbedarf gibt, um eine flächendeckende Barrierefreiheit zu gewährleisten, die es allen Menschen ermöglicht, unabhängig und problemlos den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen.

Soziale Auswirkungen und Mobilitätsfragen

Die sozialen Auswirkungen der mangelnden Barrierefreiheit sind enorm. Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen sowie Eltern mit Kinderwagen sind stark betroffen, wenn die Möglichkeiten, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, eingeschränkt sind. Der Umstand, dass alternative Transportmittel, wie der Bus, oftmals unzureichend sind, spricht gegen eine integrative Mobilität, die für alle Bevölkerungsgruppen funktioniert.

Eine Umfrage des **Deutschen Instituts für Normung e.V. (DIN)**, die in den letzten Jahren durchgeführt wurde, zeigt auf, dass der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln eine der Hauptsorgen von Menschen mit Behinderungen darstellt. 67 Prozent der Befragten gaben an, dass die Barrierefreiheit bei der Wahl des Verkehrsmittels eine entscheidende Rolle spielt. Diese Daten verdeutlichen die Notwendigkeit für Städte und Gemeinden, Barrierefreiheit als zentrales Element bei der Planung und dem Ausbau von Verkehrssystemen zu betrachten.

Relevante Statistiken zur Barrierefreiheit im Verkehr

Ein Blick auf die aktuellen Statistiken zur Barrierefreiheit im deutschen Nahverkehr macht die Dringlichkeit der Situation deutlich. Laut der **Deutschen Bahn AG** waren im Jahr 2022 von den insgesamt über 5.700 Bahnhöfen etwa 1.300 nicht barrierefrei. Die meisten dieser Bahnhöfe befinden sich in

ländlichen Gebieten, was für den dort lebenden Teil der Bevölkerung, der auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen ist, problematisch sein kann.

Zudem zeigt eine Studie der **Uni Freiburg**, dass nur 42 Prozent der deutschen Städte über eine umfassende Barrierefreiheitsstrategie verfügen. Dies lässt darauf schließen, dass viele Kommunen die Anforderungen an die Barrierefreiheit in ihren Verkehrskonzepten noch nicht ausreichend umgesetzt haben.

Diese Statistiken unterstreichen die Notwendigkeit einer aktiven politischen Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr, um sicherzustellen, dass alle Bürger die nötige Unterstützung und Infrastruktur erhalten.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de